



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

**hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2014 wird folgende Änderung vorgenommen:

Bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 wird der Ansatz für das Jahr 2014 um 785.000 Euro von 443.707.700 Euro auf 444.492.700 Euro erhöht, um damit 50 neue Stellen für Justizfachwirte zu finanzieren.

Der Stellenplan und das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014 werden entsprechend geändert.

Begründung:

Neben mehr Stellen für Richter und Staatsanwälte muss der Servicebereich dringend verstärkt werden. Angesichts des dortigen Personalmangels werden Richter und Staatsanwälte immer mehr mit Tätigkeiten aus diesem Bereich, wie etwa Schreibaarbeiten, belastet. Zudem leidet die Erreichbarkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften für die Bürger an unterbesetzten Servicebereichen.